

RETTUNGSDIENSTE

Klage vom ADAC

Das sächsische Innenministerium gerät wegen Ungereimtheiten bei der Vergabe einer lukrativen Konzession für eine Luftrettungsstation unter Druck. Ende Oktober hatte das Ministerium den Betrieb des Rettungshubschrauber-Stützpunkts Leipzig an die private Deutsche Rettungsflugwacht (DRF) vergeben.



Rettungshubschrauber-Stützpunkt Leipzig

Interne Unterlagen legen nun den Verdacht nahe, dass dabei getrickst wurde. Denn das günstigste Angebot hatte zuerst die Luftrettung des ADAC abgeliefert. Zusätzlich zur geforderten Bereitstellung von zwei Hubschraubern versprach der Allgemeine Deutsche Automobil-Club eine eigene Wartungswerkstatt mit 15 neuen Arbeitsplätzen. Vor allem die Krankenkassen, die einen großen Teil der Kosten für die Hubschrauber-Einsätze übernehmen, favorisierten den ADAC.

Doch dann eröffnete das Innenministerium eine zweite Anbieterrunde. Dabei konnte nur die DRF ihr Angebot nachbessern und bekam prompt den Zuschlag. Der ADAC hat nun den Freistaat Sachsen vor dem Verwaltungsgericht Leipzig verklagt und fordert die Aufhebung der Vergabe. Das Ministerium bestreitet den Vorwurf der Mausehelei. Der günstigste Bewerber habe den Zuschlag bekommen.

PRIVATKLINIKEN

Millionenforderung gegen Marseille

Zwischen dem umstrittenen Hamburger Klinik-Unternehmer Ulrich Marseille und seinem ehemaligen Potsdamer Unterhändler Peter-Michael Diestel ist ein Streit um Honoraran-

sprüche in Millionenhöhe entbrannt. In einer Zivilklage vor dem Landgericht Potsdam (Az: 8 O 253/02) fordert der letzte DDR-Innenminister und heutige Advokat insgesamt 1064011 Euro und 50 Cent von Marseille. Hintergrund, so ein Gerichtssprecher, sei Diestels früheres Engagement bei der jahrelangen Auseinandersetzung zwischen Marseilles Klinik-Konzern und dem Land Brandenburg, das dem Pflege-Unternehmen Investitionszuschüsse in Höhe von rund 110 Millionen Mark verweigert hatte. Während das Potsdamer Sozialministerium seinerzeit argumentierte, für Marseilles Heime gebe es nicht genügend Bedarf, pochte der Unternehmer und Großspender der CDU stets auf Auszahlung des Geldes. Nach

einem Vergleich, den Diestel auf den Weg gebracht haben will, erhielt Marseille schließlich 83,8 Millionen Mark. Weder Diestel noch die Marseille-Kliniken AG wollten sich vergangene Woche zu ihrem Rechtsstreit äußern.



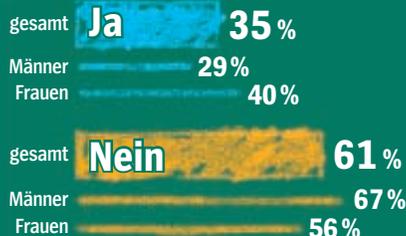
Diestel

J. BÜTTNER / DPA

Nachgefragt

Familienkunde unerwünscht

» Bundesfamilienministerin Renate Schmidt (SPD) plädiert für Partnerschafts- und Familienkunde als Schulfach, um etwa die Scheidungsrate langfristig zu senken. Halten Sie so ein Fach für sinnvoll? «



NFO-Infratest-Umfrage für den SPIEGEL vom 5. bis 7. November; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“, keine Angabe